

## Beschluss der Vollversammlung vom 7.9.2013

# Landesprogramm „Demokratische Kultur“

Neofaschistische und antidemokratische Ideologien sind in Hessen in Parteien, Parteijugenden und sogenannten freien Kameradschaften, zum Teil aber auch in der Breite der Gesellschaft anzutreffen. Während es den neofaschistischen Parteien auf Landesebene kaum gelingt sich zu stabilisieren und personell und programmatisch die Voraussetzungen für Wahlerfolge zu schaffen, sind regionale Präsenz und Erfolge durchaus zu beobachten.

Nach wie vor gibt es ausreichend Möglichkeiten für junge Menschen in Hessen mit antidemokratischen und neofaschistischen Strukturen und Ideologien in Kontakt zu kommen: Regionale und gut vernetzte Strukturen in Form freier Kameradschaften, autonome Nationalisten, freie Kräfte, einzelne sichtbare und etablierte Akteure der NPD in Landkreisen und Gemeinden, die JN Hessen mit Jugendkampagnen (z.B. Identitäts-Kampagne), Fackelmärschen, Schulhof-CDs, jugendkulturellen Protestformen (z.B. flash mobs). Darüber hinaus werden immer wieder einzelne Standorte bekannt, an denen durch provozierende und/oder jugendkulturelle Angebote (z.B. Gaskammerparties, rechte Musik) neofaschistische Weltbilder an Jugendliche herangetragen werden. Die NPD Hessen versucht sich zudem seit langem direkt als Kümmerer an Jugendliche zu wenden und u.a. mit ihrem Angebot „NPD Jugendhilfe“ Unterstützung und Beratung für jugendliche Problemlagen anzubieten. Über verschiedene Ebenen bekommen Jugendliche so Zugang zu antidemokratischen Ideologien und werden auch explizit als Zielgruppe strategisch umworben.

Darüber hinaus kann festgestellt werden, dass antidemokratische Denkmuster in Form von Nationalismus, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus auch in der Breite der Gesellschaft anzutreffen sind. Selbst die Verharmlosung des Nationalsozialismus findet sich nicht nur in dem dafür bekannten rechten Rand der Gesellschaft. Antidemokratische Einstellungen dieser Ausprägung sind breit gestreut. Somit ist auch nicht verwunderlich, dass auch in Jugendverbänden und Vereinen solche Einstellungen sichtbar werden und bearbeitet werden müssen. Durch politische Bildung, Aufklärung, Kulturarbeit und demokratische Teilhabe sind die Verbände engagiert, der Verbreitung antidemokratischer Einstellungen entgegenzuarbeiten. Diese Arbeit muss kontinuierlich durch Qualifikation, Vernetzung der Akteure und Kooperation zwischen Bildungsträgern weiterentwickelt und ausgebaut werden. Die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Einstellungen muss gerade auch außerhalb von Schulen ihren Platz finden an Orten und in Zusammenhängen, an denen junge Menschen ihren Alltag leben.

Die meisten Aktionsformen antidemokratischer Organisationen gerade im jugendkulturellen und „jugendpflegerischen“ Bereich sind nicht strafbar und können daher auch durch die Polizei und Staatsanwaltschaften nicht unterbunden oder verfolgt werden. Die jugendlichen Erstkontakte im Kontext neofaschistischer Strukturen finden in der Regel nicht in Form von Straftaten statt, bilden aber Einstieg und Anlass für weitere politische Sozialisierungen. Dort wo dies zu „öffentlichen Störungen“ führt und sichtbar wird, können Eltern, Schulen, Kommunen, Vereine und

Zivilgesellschaft mit Intervention, Beratung und Ausstiegshilfen reagieren. Diese anlassbezogene Strategie ist in Hessen vorhanden und in der Lage auf die Bedarfe zu reagieren.

Was in Hessen fehlt, ist ein Ausbau präventiver Instrumente zur Stärkung der demokratischen Kultur. Da neofaschistische Strukturen dauerhaft bestehen und gezielt Jugendliche mit ihren Ideologien ansprechen, braucht es dauerhaft angelegte Präventionsarbeit, um Jugendliche stark zu machen in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Weltbildern.

**Der Hessische Jugendring fordert daher von der Landesregierung und den Parteien im Hessischen Landtag ein Landesprogramm „Demokratische Kultur“:**

- Einrichtung eines vom Land finanzierten Programms „Demokratische Kultur“, das anlassunabhängig und offensiv die Stärkung demokratischer Kultur und Verhinderung antidemokratischer Einstellungen bei Jugendlichen verfolgt und mit präventivem Ansatz jungen Menschen stark macht gegen antidemokratische Ideologien. So kann eine auf Dauer angelegte Bildungs- und Kulturarbeit ausgebaut und fortgesetzt werden, wie sie derzeit teilweise schon entwickelt wurde. Aber auch neue Projekte können entstehen und im Kontext eines Landesprogramms als lokale und überregionale Angebote gefördert werden. Aus diesem Programm sollen Maßnahmen und Projekte von Organisationen und Initiativen finanziert werden.
- Etablierung eines Förderungsprinzips, das langfristige und kontinuierliche Arbeit sichert, in der nachhaltig Toleranz, Demokratie, Öffentlichkeit gelebt und gelernt werden. Die Befristung von Förderungen, Programmen und Konzepten entspricht nicht dem dauerhaften Charakter der gesellschaftlichen, demokratischen Herausforderungen.
- Abkehr von extremismustheoretischen Annahmen: Rassistische, neofaschistische, antisemitische, islamophobe, xenophobe und homophobe Einstellungen sind kein ausschließliches Problem des rechten Randes. Diese antidemokratischen Einstellungen finden sich auch in der Breite der Gesellschaft. Präventionskonzepte müssen diese Phänomene ernst nehmen und dürfen nicht auf eine Extremismus-Perspektive umgelenkt werden.